

## Ministerium regelt Mehrarbeit neu im Sensibilisierungserlass

Der aktuellen Erlass regelt die Voraussetzungen für Mehrarbeit orientierend am geltenden Recht

- Grundsätzlich ist geleistete Mehrarbeit durch Freizeit auszugleichen
- Die Auszahlung von Mehrdienst ist nur bis zu max. 480 Stunden möglich, vorausgesetzt wegen zwingender dienstlicher Belange war kein Freizeitausgleich möglich

Dafür muss Mehrarbeit schriftlich genehmigt oder angeordnet, die gesetzliche Arbeitszeit um mindestens 5 Stunden überschritten (aktuelle Rechtslage: MD unter 5 Stunden verfällt) und ein Ausgleich durch Freizeit anlässlich dringender dienstlicher Gründe binnen eines Jahres nicht möglich gewesen sein.

Unsere Forderungen zum Schutz vor Verfall von Mehrdienst wurden bisher nicht umgesetzt, die Attraktivitätsoffensive der letzten Landesregierung ist gescheitert. Die sogenannte Modernisierungsoffensive der aktuellen Landesregierung ist bisher nur eine leere Worthülse! Dabei läuft uns die Zeit davon und die Aussage unseres Innenministers steht, „dass keine Stunde Mehrdienst verfällt“! Ist das so?

Unsere Forderungen liegen auf dem Tisch, das sind u.a.:

- **Wir fordern die Rückkehr zur 38-Stunden-Woche - es ist an der Zeit, die bestehende Ungerechtigkeit nun rückgängig zu machen**
- **Mehrdienst ist dauerhaft vor Verfall zu schützen**
- **Wir fordern ein Langzeitarbeitszeitkonto, welches für die Polizei akzeptabel und praktikabel ist**
- **Wir fordern eine flexiblere Anerkennung von Wechseldienstzeiten. Die starre Grenze von 25 Jahren Wach- und Wechseldienst in einem festen Schichtmodell ist absolut - neben der Höhe der Zulage – um ein Jahr früher in den Ruhestand eintreten zu können, nicht mehr zeitgemäß und geht an der Wirklichkeit vorbei. Belastende Dienste, z.B. Spät- und Nachtdienste bei der Kriminalwache oder in einem Einsatztrupp, müssen Berücksichtigung finden**
- **Wir fordern eine deutliche Erhöhung der Sätze für den Dienst zu ungünstigen Zeiten**
- **Wir fordern eine Überarbeitung und Anpassung der Erschwerniszulagenverordnung**
- **Wir fordern die Erhöhung der Polizeizulage auf mindestens 228 Euro. Dies entspricht dem aktuellen Stand auf Bundesebene**

**Nur mit einem wirklich attraktiven öffentlichen Dienst erreichen wir die angestrebten Einstellungszahlen.**